MOVING
International Road Safety Association e.V.
www.moving-roadsafety.com
info@moving-roadsafety.com

Pressemitteilung

Führerscheinreform: Bis zu 14.600 Arbeitsplätze und knapp 7.000 Fahrschulstandorte gefährdet

Statt der versprochenen Entlastung von bis zu 1.000 Euro könnten die Führerscheinkosten weiter steigen. MOVING fordert Digitalisierung mit einem verbindlichen Sicherheitsmodul.

Berlin, 28.10.2026. Die geplante Führerscheinreform könnte nach Aussage von Verkehrsminister Bilger den Führerschein um bis zu 1.000 Euro günstiger machen. Nach Berechnungen der MOVING International Road Safety Association e. V. könnte die derzeitige Ausgestaltung jedoch das Gegenteil bewirken: Fahrstunden könnten deutlich teurer werden. Zudem könnten knapp 7.000 Fahrschulstandorte von Schließungen betroffen und bis zu 14.600 Arbeitsplätze gefährdet sein.

Grund dafür ist vor allem der geplante Wegfall der Pflicht zum Präsenzunterricht und zum Vorhalten von Unterrichtsräumen. Freiwilliger Theorieunterricht bleibt möglich. Fallen jedoch Einnahmen aus Grundbetrag und Theorieunterricht weg, müssen die weiterhin bestehenden Kosten für Fuhrpark, Personal und Infrastruktur anders finanziert werden. Mietverträge und Finanzierungsverpflichtungen für eigene Fahrschulräume laufen weiter. Diese Kosten müssen künftig anders gedeckt werden.

Knapp 7.000 Fahrschulstandorte könnten betroffen sein

In einer repräsentativen MOVING-Umfrage[1] gaben 39 Prozent der Fahrschulen an, bei der geplanten Reform Standorte schließen zu wollen. MOVING leitet daraus ein rechnerisches Risikoszenario von knapp 7.000 der bundesweit rund 17.800 Betriebsstellen ab. Wie viele Standorte tatsächlich schließen würden, lässt sich daraus nicht vorhersagen. Bereits zwischen 2019 und 2024 ist die Zahl der Fahrschulbetriebsstellen um 8,5 Prozent zurückgegangen[2]. Weitere Schließungen könnten vor allem im ländlichen Raum die wohnortnahe Versorgung verschlechtern. Längere Anfahrtswege, weniger verfügbare Fahrstunden und höhere Gesamtkosten wären mögliche Folgen.

Bis zu 14.600 Arbeitsplätze gefährdet

Wenn Unterrichtsräume nicht mehr ausreichend genutzt und finanziert werden können, drohen Standortschließungen und Stellenabbau. Nach MOVING-Hochrechnungen könnten bis zu 14.600 Arbeitsplätze in Büro, Verwaltung, Reinigung und weiteren Bereichen betroffen sein. Hinzu kommen mögliche Folgen für die rund 24.000 angestellten Fahrlehrer:innen[3]. Bereits 35 Prozent der befragten Fahrschulen rechnen im Zuge der Reform mit Entlassungen. Nach Ansicht von MOVING sind diese möglichen Beschäftigungsfolgen in der bisherigen Folgenabschätzung nicht ausreichend berücksichtigt.

Fahrstundenpreis könnte auf 101 Euro steigen

Auch für Fahrschüler:innen ist eine Entlastung nicht sicher. Nach einer MOVING-Modellrechnung könnten Fahrschulen durch wegfallende Einnahmen aus Grundbetrag und Theorieunterricht durchschnittlich rund 698 Euro je Fahrschüler:in verlieren. Würden diese Einnahmeausfälle über die praktische Ausbildung ausgeglichen, könnte der durchschnittliche Fahrstundenpreis von derzeit rund 66 auf etwa 101 Euro je 45 Minuten steigen. Die Modellrechnung ergibt eine Spanne von 85 bis 116 Euro. Hinzu kommt ein weiteres Kostenrisiko: In einer MOVING-Umfrage[4] erwarten 48 Prozent der Fahrschulen bei rein digitaler Theorie im Durchschnitt acht

zusätzliche Fahrstunden. Bei einem angenommenen Fahrstundenpreis von 101 Euro würden allein diese zusätzlichen Stunden rund 800 Euro kosten.

Ob die angekündigte Entlastung von bis zu 1.000 Euro unter diesen Bedingungen tatsächlich erreicht wird, ist daher fraglich.

MOVING-Vorschlag: Digitalisierung mit verbindlichem Sicherheitsmodul

MOVING unterstützt eine moderne und stärker digitalisierte Fahrausbildung. Verkehrssicherheit gehört jedoch zum staatlichen Schutzauftrag. Deshalb muss die Reform verbindliche Standards für die Ausbildung erhalten, statt sicherheitsrelevante Inhalte allein dem Selbststudium zu überlassen.

Verkehrsregeln zu kennen, bedeutet noch nicht, Gefahren frühzeitig zu erkennen oder das eigene Verhalten richtig einzuschätzen. Themen wie Selbstüberschätzung, Ablenkung und Risikobewusstsein lassen sich nicht allein durch das Lernen von Prüfungsfragen per App vermitteln.

Besonders kritisch sieht MOVING den Wegfall des verpflichtenden Präsenzunterrichts bei der Motorradausbildung. Motorradfahrer:innen tragen ein besonders hohes Unfall- und Verletzungsrisiko. Sie müssen frühzeitig lernen, Gefahren vorauszusehen, das Verhalten anderer Verkehrsteilnehmer einzuschätzen und auf schwierige Straßen- und Witterungsverhältnisse angemessen zu reagieren.

MOVING fordert deshalb ein verpflichtendes Modul für Verkehrssicherheit und Gefahrenwahrnehmung (MVG) mit sechs Präsenzeinheiten à 90 Minuten in der Fahrschule. Qualifizierte Fahrlehrer:innen sollen dabei unter anderem Gefahrenwahrnehmung, Selbsteinschätzung, Risikoverhalten, Fahrphysik und Verkehrstaktik vermitteln. Das Modul soll im Rahmen der theoretischen Ausbildung, also noch vor der Theorieprüfung, stattfinden. Die übrigen Theorieinhalte können digital gelernt werden.

Damit bliebe ein verbindlicher sicherheitsrelevanter Teil der Theorieausbildung in der Fahrschule erhalten. Das MVG könnte dazu beitragen, bestehende Unterrichtsräume weiterhin zu nutzen, einen Teil der Kosten zu decken und so Standorte und Arbeitsplätze zu erhalten.

Unabhängig davon fordert MOVING, dass die ausbildende Fahrschule weiterhin im Fahrerlaubnisantrag genannt wird. Fahrschulen beraten die Bewerber:innen, helfen bei der Antragstellung und koordinieren den Ausbildungsweg. Fällt diese Funktion weg, könnten zusätzliche Aufgaben und Kosten auf die bereits stark belasteten Fahrerlaubnisbehörden zukommen.

Jörg-Michael Satz, Präsident von MOVING:

> *„Wer die verbindliche Präsenz streicht, lässt Fahrschulen auf ihren Fixkosten sitzen und gefährdet Tausende Arbeitsplätze und die Versorgung vor Ort, vor allem im ländlichen Raum. Unsere Antwort auf die Reform lautet nicht ‚alles beim Alten lassen‘, sondern Digitalisierung mit einem verbindlichen Sicherheitskern. Das MVG verbindet Modernisierung mit Sicherheit und Beschäftigung.“*

Quellen und Berechnungsgrundlagen

[1] Repräsentative MOVING-Fahrschulmarkt-Umfrage unter 400 Fahrschulen, Januar/Februar 2026.

[2] Auskünfte der Länderbehörden; MOVING-Hochrechnung zur Entwicklung der Fahrschulbetriebsstellen 2019–2024.

[3] Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik 2026.

[4] Repräsentative MOVING-Fahrschulmarkt-Umfrage unter 400 Fahrschulen, 2022.

Hinweis zur Dokumentenverarbeitung und zum Haftungsausschluss
Dieses Dokument wurde nach bestem Wissen und Gewissen auf der Grundlage verfügbarer Informationen und offizieller Quellen zusammengestellt und zusammengefasst. Es dient ausschließlich zu Informationszwecken und stellt keine rechtsverbindliche Auslegung oder Handlungsempfehlung dar. Trotz sorgfältiger Prüfung kann keine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte übernommen werden. Eine Haftung für Schäden oder Konsequenzen, die sich direkt oder indirekt aus der Verwendung dieses Dokuments ergeben, ist ausgeschlossen.